

S. 11/18

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen

Protokoll

8. Sitzung (nicht öffentlich)

6. März 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.55 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Pfänder (SPD)

Stenograph: Stöck

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Seite
1 Haushaltsgesetz 1991	1
Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 11/800	
Vorlagen	11/230, 11/241, 11/248, 11/261, 11/303, 11/314, 11/332 und 11/336

Der Ausschuß behandelt die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Positionen.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Anträge werden gestellt zu:

Haushaltsgesetz

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Kapitel 14 040 - Angelegenheiten des Bauwesens

Kapitel 14 050 - Darlehen und Zuschüsse für den Wohnungsbau

Kapitel 14 060 - Zusätzliche Maßnahmen zum Wohnungsbau

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

Kapitel 15 021 - Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz

Kapitel 15 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung und der Freizeit

Kapitel 15 070 - Denkmalpflege

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 20 030 - Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und
Finanzausgleich mit den Gemeinden und
Gemeindeverbänden (Zweckverbund und sonstige
Leistungen)

Kapitel 20 630 - Liegenschaftsvermögen

In den Gesamtabstimmungen werden der Einzelplan 14 sowie
der Einzelplan 15 mit den Stimmen der Fraktion der SPD
gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P.
beim Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

Als Berichterstatter für das Plenum wird jeweils Vorsitzender
Pfänder benannt.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Seite

Ein Beschluß über den Änderungsantrag der
Fraktion DIE GRÜNEN wird nicht gefaßt.

Als Berichterstatter wird der Abgeordnete Zellnig
(CDU) benannt.

- 3 Prüfung der Struktur der Landesentwicklungsgesellschaft und der Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Rheinland** 20

Der Ausschuß nimmt einen Bericht der Ministerin
für Bauen und Wohnen Brusis entgegen.

- 4 Bericht der Ministerin für Bauen und Wohnen über den Besuch des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg** 24

Der Ausschuß nimmt einen Bericht der Ministerin
für Bauen und Wohnen Brusis entgegen.

- 5 Verschiedenes** 25

Der Ausschuß befaßt sich mit einer Frage der Abgeordneten Decking-Schwill (CDU) zum Thema Architektenwettbewerbe.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Aus der Diskussion

Zu 1: Haushaltsgesetz 1991

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

Vorlagen 11/230, 11/241, 11/248, 11/261, 11/309, 11/314, 11/332
und 11/336

Anträge werden zu folgenden Positionen gestellt:

Haushaltsgesetz

Antrag der Fraktion der SPD, in § 6 Abs. 4 Satz 1 die Zahl "30" durch die Zahl "50" zu ersetzen (Anlage 1).

Abgeordneter Schultz (SPD) verweist auf die schriftliche Begründung.

Abgeordneter Zellnig (CDU) bemerkt, seine Fraktion stehe diesem Antrag im Prinzip aufgeschlossen gegenüber, werde sich jedoch der Stimme enthalten, weil er nicht in der Fraktion habe diskutiert werden können.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Kapitel 14 040 - Angelegenheiten des Bauwesens

Titelgruppe 70 - Für wissenschaftliche und experimentelle Untersuchungen auf dem Gebiet des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens

Antrag der Fraktion der CDU auf Reduzierung des Ansatzes von 1,7 Millionen DM auf 900 000 DM (Anlage 3, Nr. 1)

und

Antrag der Fraktion der F.D.P. - zu Titel 685 70 - auf Reduzierung des Ansatzes von 1,7 Millionen DM auf 900 000 DM (Anlage 6).

Beide Anträge werden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Titelgruppe 71 - Für Planungen und Wettbewerbe zur Förderung von Innovationen im Bereich von Bauen und Wohnen

Titel 883 71 - Zuweisungen an Gemeinden

Antrag der Fraktion der SPD auf Reduzierung des Ansatzes von 2 Millionen DM auf 1 Million DM (Anlage 2)

Abgeordneter Schultz (SPD) zieht diesen Antrag zurück, da ihm durch die Ergänzungsvorlage der Landesregierung Drucksache 11/1250 bereits entsprochen worden sei.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Kapitel 14 050 - Darlehen und Zuschüsse für den Wohnungsbau

Titel 111 21 - Fehlbelegungsabgabe - Land

Titel 111 22 - Fehlbelegungsabgabe - Gemeinden/GV

Titel 111 23 - Fehlbelegungsabgabe - Wohnungsfürsorge

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Erhöhung der Ansätze von 1,2 Millionen DM, 300 000 DM und 250 000 DM um die zu erwartenden Mehreinnahmen durch die Anpassung der Fehlbelegungsabgabe an die Vergleichsmieten (Anlage 7)

Abgeordneter Schultz (SPD) signalisiert, seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen. Es sei zwar auch in ihrem Sinn, daß durch die Einnahmen aus einer möglicherweise erhöhten Fehlbelegungsabgabe mehr Wohnungen gebaut würden, das Mehraufkommen lasse sich allerdings nicht zahlenmäßig erfassen und daher nicht in den Haushaltsplan einstellen.

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) legt dar, die Koalitionsvereinbarungen in Bonn sähen eine flächendeckende Erhebung der Fehlbelegungsabgabe in allen Bundesländern, gestaffelt nach Einkommen bis zur Vergleichsmiete vor. Die nordrhein-westfälische Landesregierung habe diese Änderung in ihrer Stellungnahme zu den Koalitionsvereinbarungen befürwortet. Die Fraktion der GRÜNEN beantrage nicht die Einstellung eines konkreten Ansatzes, sondern ihr komme es auf die Zweckbindung der Mehreinnahmen an. Diese sollten nämlich für den Ankauf von Bindungen oder von bisher durch die alliierten Streitkräfte und ihre Familien genutzten oder spekulationsbedrohtem Wohnraum genutzt werden. Diese Zweckbindung könne beschlossen werden, auch ohne daß das zu erwartende Mehraufkommen quantifiziert werde.

Abgeordneter Wolf (SPD) schließt sich zunächst der Begründung des Abgeordneten Schultz für die Ablehnung des Antrags an und bemerkt ferner, das Aufkommen aus der Fehlbelegungsabgabe stehe den Kommunen zur Verfügung, in denen es eingenommen worden sei. Die Fehlbelegungsabgabe falle landesweit an, aber es gebe nur wenige Kommunen, die militärische Einrichtungen beherbergten. Schließlich stehe noch nicht fest, ob und wann die bisher von den alliierten Streitkräften genutzten Wohnungen freigezogen würden. Der Ausschuß, meint der Abgeordnete, sollte die Diskussion zu diesem Thema aufgreifen, wenn Klarheit herrsche, zu

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

welchen Konditionen der Bund die von den Streitkräften genutzten Gebäude den Kommunen überlassen werde.

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis macht darauf aufmerksam, daß die Zweckbindung für das Aufkommen aus der Fehlbelegungsabgabe bundesgesetzlich geregelt sei. Daher sollte zunächst einmal abgewartet werden, was sich in diesem Bereich tue. Eine kurzfristige Änderung des Bundesgesetzes sei angekündigt. - Um Wohnungen, die bisher von alliierten Streitkräften genutzt worden seien, für den sozialen Wohnungsbau zu nutzen, könnten im übrigen Modernisierungsmittel des Landes herangezogen werden.

Abgeordneter Zellnig (CDU) kündigt bei dieser Gelegenheit an, daß sich seine Fraktion bei allen Anträgen der Fraktion DIE GRÜNEN der Stimme enthalten werde, da sie sie aufgrund der besonderen Zweckbindung der im übrigen sehr kurzfristig vorgelegten Anträge zunächst in der Fraktion beraten müsse.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Titelgruppe 60 - Zuschüsse an die Wohnungsbauförderungsanstalt zur Förderung des Wohnungswesens

Titel 883 60 - Zuweisung des Aufkommens der Fehlbelegungsabgabe (Gemeinden/GV) an die Gemeinden/GV

Titel 892 60 - Zuweisung des Aufkommens der Fehlbelegungsabgabe (Land) an die Wohnungsbauförderungsanstalt

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Erhöhung der Ansätze von 300 000 DM und 120,25 Millionen DM um die zu erwartenden Mehreinnahmen durch die Anpassung der Fehlbelegungsabgabe an die Vergleichsmieten (Anlage 8)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Titelgruppe 60 - Zuschüsse an die Wohnungsbauförderungsanstalt zur Förderung des Wohnungswesens

Titel 893 60 - Zuschüsse des Landes an die Wohnungsbauförderungsanstalt zur Förderung des Wohnungswesens

Antrag der Fraktion der CDU auf a) Erhöhung des Ansatzes von 355,804 Millionen DM um 33,8 Millionen DM, b) Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung auf 202,5 Millionen DM zu Lasten der Haushaltsjahre 1992 ff. und c) Streichung des Sperrvermerks (für 750 Millionen DM) bei der Verpflichtungsermächtigung (Anlage 3, Nr. 2)

dazu:

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Kürzung der Verpflichtungsermächtigung um den Sperrvermerk in Höhe von Millionen DM (Anlage 9)

Abgeordneter Zellnig (CDU) kündigt die Ablehnung des Antrags der Fraktion DIE GRÜNEN an, weil diese die 750 Millionen DM nicht generell - wie die CDU-Fraktion - für Wohnungen, sondern nur für einen bestimmten Bereich verwenden wolle.

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) führt zu ihrem Antrag aus, die 750 Millionen DM sollten für den Bau von Wohnungen eingesetzt werden, und zwar auch dann, wenn die entsprechenden Bundesmittel nicht zur Verfügung gestellt würden. Diese 750 Millionen DM sollten einem neuen Titel "Zuschüsse des Landes an die Wohnungsbauförderungsanstalt für ein Sonderprogramm 'energiesparender, ökologischer und sozialer Mietwohnungsbau'" zugeführt werden. Im übrigen verweist sie auf die schriftliche Begründung.

Sowohl **Abgeordneter Zellnig (CDU)** als auch **Abgeordnete Nacken (GRÜNE)** machen deutlich, daß die Anträge ihrer Fraktionen nicht zu einer Erhöhung der Neuverschuldung führten, sondern in ihrer jeweiligen Gesamtkonzeption gedeckt seien.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Abgeordneter Schultz (SPD) erinnert daran, daß die angesprochenen 750 Millionen DM für den Fall eingestellt worden seien, daß die Bundesratsinitiative der Landesregierung angenommen würde. Dies sei nicht der Fall gewesen. - Aufgrund der neueren finanzpolitischen Entwicklungen und des Zwangs zum Sparen könnten die 750 Millionen DM allerdings nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Die SPD-Fraktion werde beide Anträge daher ablehnen.

Ministerin Brusis bringt zum Ausdruck, insbesondere angesichts der jüngsten finanzpolitischen Diskussionen zwischen Bund und Ländern könne es nicht angehen, daß die Länder den Eindruck erweckten, als könnten sie bei den Gemeinschaftsaufgaben die Lücken schließen, die durch den Bund gerissen würden. Insofern halte sie die beiden vorliegenden Anträge für problematisch.

Die Ministerin weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Konferenz der Bauminister und -senatoren der Länder in der vergangenen Woche den Bund noch einmal sehr nachdrücklich aufgefordert habe, an den avisierten 2,2 Milliarden DM für den sozialen Wohnungsbau in den elf alten Bundesländern keine Abstriche vorzunehmen, sondern die Aufwendungen, die für die neuen Bundesländer erforderlich seien, aus seinen Steuermehreinnahmen im Haushaltsjahr 1990 in Höhe von 40 Milliarden DM zu leisten. Die Bundesbauministerin habe in einem anschließenden Pressegespräch angedeutet, daß sie sich um eine Aufstockung der Mittel für den Wohnungsbau im Bundeshaushalt sowohl für die alten als auch für die neuen Bundesländer bemühen wolle. Solange diese Bemühungen noch nicht abgeschlossen seien, meint Ministerin Brusis, sollte man nicht von weiteren Kürzungen ausgehen.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) kündigt an, daß er beide Anträge ablehnen werde. Nach Auffassung der Fraktion der F.D.P. dürften Verpflichtungsermächtigungen nicht weiter ausgebaut, sondern müßten in Zukunft reduziert werden.

Abgeordneter Zellnig (CDU) hat kein Verständnis dafür, daß die Landesregierung die 750 Millionen DM nicht aufbringen wolle. Diese Mittel seien im Haushaltsplannentwurf ausdrücklich als Komplementärmittel für die entsprechenden Bundesmittel ausgewiesen. Wenn der Bund diese 750 Millionen DM nicht aufbringen könne - und es könne sich ja wohl niemand dagegen aussprechen, daß Mittel in die neuen Bundesländer umgeschichtet würden -, sei das Land gefordert.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Abgeordneter Jaeger (CDU) wirft die Frage auf, ob das Land, wenn der Bund nun doch die 750 Millionen DM bzw. einen Teil davon zur Verfügung stellte, diese Mittel komplettieren würde.

Ministerin Brusis wiederholt ihre Auffassung, daß das Land, wenn es ohne eine entsprechende Leistung des Bundes Mittel zur Verfügung stellte, den Eindruck erweckte, als könnte es die Probleme allein lösen. Dies halte sie angesichts der derzeitigen finanzpolitischen Diskussion zwischen Bund und Ländern für einen fatalen Weg. Sollten die Bemühungen der Bundeswohnungsbauministerin Erfolg haben und der Bund mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen, als im Bundeshaushalt veranschlagt seien, gelte die Zusage des Landes, daß jede zusätzliche Mark des Bundes durch eine zusätzliche Mark des Landes komplettiert würde. - Daß den neuen Bundesländern auf dem Gebiet des Wohnungsbaus massiv geholfen werden müsse, stehe unter den Wohnungsbauministern und -senatoren der Länder völlig außer Frage. Hierzu sollten jedoch die Steuermehreinnahmen des Bundes des Haushaltsjahres 1990 in Höhe von 40 Milliarden DM verwandt werden.

Der Antrag der Fraktion der CDU wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der F.D.P. und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Titelgruppe 60 - Zuschüsse an die Wohnungsbauförderungsanstalt zur Förderung des Wohnungswesens

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Einrichtung eines neuen Titels "Zuschüsse des Landes an die Wohnungsbauförderungsanstalt für ein Sonderprogramm 'Energiesparender, ökologischer und sozialer Mietwohnungsbau'" mit einer Verpflichtungsermächtigung von 750 Millionen DM (Anlage 10)

dazu:

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Einrichtung eines neuen Titels "Wohnungspolitischer Interventionsfonds für Kommunen und Kommunalverbände" mit einem Ansatz von 32,5 Millionen DM (Anlage 11)

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) merkt an, der erste Antrag korrespondiere mit dem zuvor behandelten Antrag ihrer Fraktion zu Titel 893 60. Im übrigen verweist die Abgeordnete auf die schriftlichen Begründungen.

Abgeordneter Wolf (SPD) erinnert an seine vorherigen Ausführungen zu der Thematik des bisher von den alliierten Streitkräften und deren Familien genutzten Wohnraums. Drängender Handlungsbedarf sei hier nicht vorhanden. Die SPD-Fraktion sehe keine Notwendigkeit, die wohnungsbaupolitischen Instrumente, über die das Land verfüge, um die in den Anträgen angeregten zu erhöhen.

Leitender Ministerialrat Kahler (Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr) teilt mit, der zu dem zweiten Antrag gemachte Deckungsvorschlag, die Umschichtung aus dem Einzelplan 15 Kapitel 15 021 Titel 821 61 - Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzbarmachung von Brachflächen - sowie Kapitel 15 040 Titel 821 10 - Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzbarmachung von Brachflächen -, sei rechtlich nicht zulässig, weil für den Grundstücksfonds Strukturhilfemittel des Bundes genutzt würden, der Erwerb von Wohnungen aus Strukturhilfemitteln nach dem Strukturhilfegesetz aber nicht möglich sei. Darüber hinaus sei die im Strukturhilfegesetz vorgesehene Anmeldefrist für Förderprojekte, nämlich der 1.10.1990, schon abgelaufen.

Beide Anträge werden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Kapitel 14 060 - Zusätzliche Maßnahmen zum Wohnungsbau

Titelgruppe 90 - Förderung der Modernisierung von Wohnungen und energie-sparender Maßnahmen - Abwicklung -

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Erhöhung des Ansatzes der Titelgruppe von 12 Millionen DM um 10 Millionen DM (Anlage 12)

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) verweist auf die schriftliche Begründung.

Abgeordneter Schultz (SPD) führt aus, energiesparende Maßnahmen würden bereits aus dem Modernisierungsprogramm, das ein Volumen von 218 Millionen DM aufweise, gefördert. Seine Fraktion sei der Meinung, daß diese Mittel ausreichen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Weitere Anträge zum **Einzelplan 14** werden nicht gestellt.

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Einzelplan 14** mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Als **Berichterstatter** für das Plenum wird **Vorsitzender Pfänder** benannt.

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

Vor Eintritt in die Antragsberatung wirft **Abgeordneter Zellnig (CDU)** unter Bezugnahme auf die Diskussionen in der letzten Sitzung zum Stadterneuerungsprogramm 1991 die Frage auf, ob die Auswirkungen der Kürzung der Bundesmittel in diesem Bereich mittlerweile konkret benannt werden könnten.

Ministerialdirigent Dr. Roters (Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr) führt aus, die Diskussionen auf Bundesebene, auf die er in der letzten Sitzung bereits hingewiesen habe, hätten zum Ergebnis gehabt, daß den alten Bundesländern von den ursprünglich vorgesehenen 660 Millionen DM Städtebaumitteln

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

nur noch 380 Millionen DM zukämen. Die alten Bundesländer und der Bund hätten bisher eine Verwaltungsvereinbarung über 330 Millionen DM abgeschlossen. Auf das Land Nordrhein-Westfalen entfielen etwa 80 Millionen DM. Auf der Grundlage dieser Verwaltungsvereinbarung werde die Landesregierung in den nächsten Wochen ein überarbeitetes, d. h. ein auf die Hälfte reduziertes Konzept vorlegen. - Über die Einzelmaßnahmen könne er in der heutigen Sitzung noch keine Auskunft geben.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) legt dar, im Einzelplan 15 seien viele Maßnahmen enthalten, die seine Fraktion begrüße und unterstütze. Aus der Notwendigkeit des Sparens heraus halte sie allerdings Ansatzreduzierungen für notwendig. Aus dieser Überlegung resultierten ihre Anträge.

Kapitel 15 021 - Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz

Titelgruppe 61 - Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung im Sinne von § 3 Nr. 4 Buchstabe a bis c sowie Nr. 1 Buchstabe d des Strukturhilfegesetzes

Titel 821 61 - Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzbarmachung von Brachflächen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf teilweise Umschichtung des Ansatzes in den Einzelplan 14 (Anlage 13)

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) erläutert, dieser Antrag beinhalte den Deckungsvorschlag zu dem Antrag auf Einrichtung eines Titels "Zuschüsse des Landes an die Wohnungsbauförderungsanstalt für ein Sonderprogramm 'Energiesparender, sozialer und ökologischer Mietwohnungsbau'" in Kapitel 14 050 (siehe Seite 8 des Ausschußprotokolls).

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Titelgruppe 61 - Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung im Sinne von § 3 Nr. 4 Buchstabe a bis c sowie Nr. 1 Buchstabe d des Strukturhilfegesetzes

Titel 883 61 - Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Ausweitung der Erläuterungen (Anlage 14)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Kapitel 15 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung und der Freizeit

Titel 331 10 - Finanzhilfen des Bundes für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Ausweitung der Erläuterungen (Anlage 14)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Titel 684 10 - Förderung von Freizeitinitiativen zwischen Arbeit und Ruhestand

Antrag der Fraktion der CDU auf Streichung des Ansatzes von 1 Million DM (Anlage 4)

dazu:

Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Streichung des Ansatzes von 1 Million DM (Anlage 6)

Abgeordnete Decking-Schwill (CDU) führt aus, die Einrichtung ZWAR sei vor sechs, sieben Jahren gegründet worden, als die Firma Hoesch in Dortmund sehr viele Mitarbeiter im Alter von 56 bis 59 Jahren in den Vorruhestand entlassen habe. Aus dieser Situation heraus sei die Bildung von ZWAR nachvollziehbar.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Die CDU-Fraktion sei allerdings der Meinung, daß der Ansatz für ZWAR nunmehr gestrichen werden sollte, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens schein ihr die Einrichtung ZWAR mehr ein Ausfluß einer kaum zu unterdrückenden Betreuungsmentalität zu sein.

Zweitens. ZWAR sei als sozialpädagogische Maßnahme zu verstehen gewesen: Die Zielgruppe habe lernen sollen, aus dem aktiven Arbeitsleben den Übergang in den Ruhestand zu finden. - Irgendwann, so meint die Abgeordnete, müsse dieser Lernprozeß abgeschlossen sein.

Drittens. Aufgrund der augenblicklichen Finanzlage des Landes sei eine landesseitige Förderung nicht mehr vertretbar.

Viertens. Maßnahmen, wie sie ZWAR anbiete, würden auch von Kirchengemeinden, Volkshochschulen und anderen Institutionen angeboten.

Der **Vorsitzende** sagt dazu, ZWAR stehe nicht nur den früheren Mitarbeitern der Hoesch AG offen, sondern allgemein in den Vorruhestand entsandten Arbeitnehmern, und diese seien zum Teil erheblich jünger als 56 bis 59 Jahre.

Bei ZWAR handele es sich um eine selbstverwaltete und nicht um eine sozialpädagogische Betreuungseinrichtung. Die ZWAR-Gruppen leisteten im übrigen in den Städten soziale Aufgaben für andere Bevölkerungsgruppen.

Er sehe, so der Vorsitzende, sehr wohl ein Interesse des Landes an der weiteren landesseitigen Unterstützung der Institution ZWAR.

Beide Anträge werden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Titel 821 10 - Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzbarmachung von Brachflächen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf teilweise Umschichtung des Ansatzes in den Einzelplan 15 (Anlage 13)

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

dazu:

Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Reduzierung des Ansatzes von 35 Millionen DM um 2,5 Millionen DM (Anlage 6)

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) bemerkt, der Antrag ihrer Fraktion beinhalte den Deckungsvorschlag zu dem Antrag auf Einrichtung eines Titels "Zuschüsse des Landes an die Wohnungsbauförderungsanstalt für ein Sonderprogramm 'Energiesparender, sozialer und ökologischer Mietwohnungsbau'" in Kapitel 14 050 (siehe Seite 8 des Ausschußprotokolls).

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der GRÜNEN abgelehnt.

Titel 883 40 - Zuweisungen für die Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Maßnahmen im Ruhrgebiet

Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Reduzierung des Ansatzes von 8 Millionen DM um 0,8 Millionen DM (Anlage 6)

Ministerialdirigent Dr. Roters (Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr) führt dazu aus, die in diesem Titel veranschlagten Mittel seien, da es sich um ein auslaufendes Programm handele, rechtlich gebunden. Die Landesregierung sehe keine Möglichkeit, an diesem Titel Kürzungen vorzunehmen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8: Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Titelgruppe 70 - Für wissenschaftliche und experimentelle Untersuchungen auf den Gebieten der Stadtentwicklung und der Denkmalpflege

Titel 685 70 - Untersuchungen durch Dritte

Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Streichung des Ansatzes von 1,9 Millionen DM (Anlage 6)

Abgeordneter Schultz (SPD) meint, wenn man ökologischer und sinnvoller bauen und sanieren wolle, müsse man auch das technische Know-how dafür haben. Dieser Titel sei nicht zum Sparen geeignet; die Untersuchungen seien eine langfristige Investition in besseres Bauen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Titelgruppe 80 - Für wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiet der Freizeit

Titel 685 80 - Untersuchungen durch Dritte

Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Streichung des Ansatzes von 175 000 DM (Anlage 6)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der GRÜNEN abgelehnt.

Kapitel 15 070 - Denkmalpflege

Titelgruppe 60 - Zuschüsse und Zuweisungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Denkmalschutzgesetzes

Titel 893 60 - Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Reduzierung des Ansatzes von 24,5 Millionen DM um 2,45 Millionen DM (Anlage 6)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Einzelplan 15** mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

Als **Berichterstatter** für das Plenum wird **Vorsitzender Pfänder** benannt.

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 20 030 - Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Zweckverbund und sonstige Leistungen)

Titel 883 11 - Zuweisungen für die Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung

Antrag der Fraktion der CDU auf Reduzierung des Ansatzes von 390 Millionen DM und 45 Millionen DM sowie auf Einrichtung eines neuen Titels 883 12 mit der Zweckbestimmung "Kommunale Wohnungsbauförderung" mit einem Ansatz von 105 Millionen DM (Anlage 5, Nummern 1 a und b)

Hinweis: Für Nr. 1 c des Antrags der Fraktion der CDU - Reduzierung des Ansatzes bei Titel 883 13, Zuweisungen für die Durchführung des Schulbauprogramms, um 60 Millionen DM - ist der Städtebauausschuß nicht federführend zuständig.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Abgeordneter Zellnig (CDU) führt aus, Ziel dieses Antrags sei es, die Kommunen stärker in die Wohnungsbauförderung einzubeziehen. Die 105 Millionen DM sollten als Anreiz für kommunale Wohnungsbauförderungsprogramme dienen. Die Kommunen sollten Mittel aus diesem Titel erhalten, wenn sie sie zu 100 % durch eigene Mittel komplettierten. Insofern könnten mit diesem Titel 210 Millionen DM für den Wohnungsbau freigesetzt werden. - Die vorgeschlagenen Kürzungen betreffen hauptsächlich den Bereich der Verkehrsberuhigung. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, daß effektive Verkehrsberuhigungsmaßnahmen auch mit geringeren Mitteln zu erzielen seien.

Abgeordneter Hunger (SPD) kann den Kürzungsvorschlag der CDU-Fraktion nicht mittragen. Die neuesten Unfallstatistiken wiesen aus, sagt er, daß die Zahl der Verkehrsunfälle auf Autobahnen zugenommen, die in den Städten dagegen abgenommen habe. Das sei sicherlich mit ein Erfolg, der seit zehn Jahren in den Städten verwirklichten Verkehrsberuhigungspolitik. Hier Abstriche vorzunehmen, wäre in keinerlei Weise gerechtfertigt.

Abgeordneter Zellnig (CDU) betont, seine Fraktion wende sich nicht gegen mehr Verkehrssicherheit und nicht zum Beispiel gegen 30 km/h-Zonen in den Städten. Sie sei allerdings der Auffassung, daß Verkehrsberuhigung häufig in Form von zu opulenten Maßnahmen betrieben werde; "mit Farbtöpf und Blumenkübeln" lasse sich häufig der gleiche Effekt erzielen.

Staatssekretär Dr. Nehrling (Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr) sagt dazu, der Adressat der Kritik an "opulenten Maßnahmen" sei nicht die Landesregierung, da die Maßnahmen von den Gemeinden im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung beschlossen würden. Die Landesregierung gebe Minimalstandards vor, und der Rest sei Sache der Gemeinden.

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) hält die Idee, die Kommunen in die Wohnungsbauförderung einzubeziehen, für gut; ähnliches habe ihre Fraktion mit dem Antrag auf Einrichtung eines kommunalen Interventionsfonds selbst auch vorgeschlagen. Den Deckungsvorschlag könne sie allerdings nicht mittragen. Die Verstärkung der in den letzten Jahren betriebenen Stadterneuerungspolitik habe die Lebensqualität in den Städten verbessert. Gleichwohl bestehe weiterhin ein großer Nachholbedarf, der nicht mit einer Reduzierung der Mittel beantwortet werden dürfe.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Abgeordneter Schumacher (SPD) hält wie die Abgeordnete Nacken die Stadterneuerung, also die Verbesserung der Lebensqualität in den Städten, für eine wichtige politische Aufgabe. Die Attraktivität der nordrhein-westfälischen Städte lasse einige Strukturprobleme vergessen und biete die Chance, Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb der Städte der Bundesrepublik untereinander nach vorne zu bringen. Die zur Verfügung stehenden Mittel würden in Zukunft ohnehin abschmelzen. Daher wäre es fatal, bereits jetzt landesseitig zu kürzen.

Dem Gedanken der CDU-Fraktion hinsichtlich der Schaffung von Anreizen für den kommunalen Wohnungsbau stehe er aufgeschlossen gegenüber. Im Gegensatz zu den sonstigen Vorstellungen der CDU-Fraktion - Stichwort: Dritter Förderungsweg - bedeute er, daß Wohnungen entsprechend den bisherigen Modellen gefördert würden. Dieser Gedanke, so der Abgeordnete, sollte nicht untergehen. Finanziert werden könnte ein solches Programm landesseitig, wenn, was möglich sei, aus Bonn zusätzliche Mittel anfielen, weil nicht in dem ursprünglich vorgesehenen Maße gekürzt würde.

Beide Anträge werden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Titel 883 11 - Zuweisungen für die Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Ausweitung der Erläuterungen (Anlage 14)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Kapitel 20 630 - Liegenschaftsvermögen

Titel 711 20 - Gestaltung des Regierungsviertels in Düsseldorf (Vorarbeitskosten)

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Streichung des (Leer-)titels

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) bemerkt, bei einer Verbesserung der Haushaltslage sei es denkbar, daß in den Leertiteln Mittel eingesetzt würden. Dies wolle ihre Fraktion aus Gründen der Haushaltsklarheit an diesem Punkt nicht.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE GRÜNEN und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Titel 781 00 - Errichtung eines Dienstgebäudes für das Innenministerium

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Streichung des (Leer-)titels (Anlage 15)

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) verweist auf die Begründung zu dem vorherigen Antrag.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE GRÜNEN und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Titel 783 10 - Umbau des Ständehauses in Düsseldorf

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Verminderung des Baransatzes um 10 Millionen DM (Anlage 17)

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, daß in der Ergänzungsvorlage der Landesregierung der Baransatz dieses Titels bereits um 2 Millionen DM und die Verpflichtungsermächtigung um 25 Millionen DM gekürzt worden sei.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Titel 821 00 - Erwerb von unbebauten und bebauten Grundstücken für den Bau- und Unterbringungsbedarf des Landes

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
8. Sitzung

06.03.1991
stö-ro

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Kürzung des Baransatzes von 59 Millionen DM um 40 Millionen DM (Anlage 16)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Zu 2: 250 000 neue Wohnungen für Nordrhein-Westfalen bis 1995

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/426

in Verbindung damit:

Bekämpfung der Wohnungsnot

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/431 (Neudruck)

und:

Bekämpfung der Wohnungsnot

Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/481

Vorlage 11/316

Der Ausschuß kommt überein, in der heutigen Sitzung nicht erneut in eine Sachberatung einzutreten.

Der Antrag der Fraktion der CDU wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.